

**Zeitschrift:** Schweizerische Zeitschrift für Forstwesen = Swiss forestry journal = Journal forestier suisse

**Herausgeber:** Schweizerischer Forstverein

**Band:** 154 (2003)

**Heft:** 9

**Rubrik:** Nachrichten = Nouvelles = Notizie = News

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

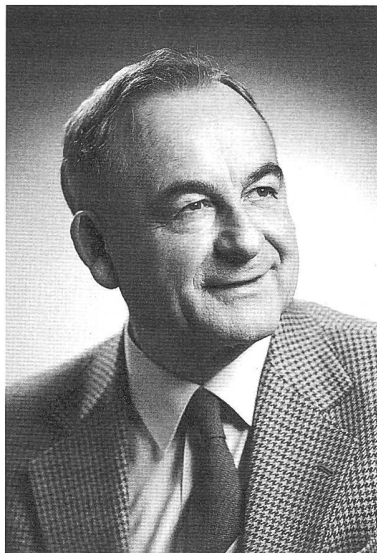
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 01.05.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**



## Hans Hablützel 1917 bis 2003

Hans Hablützel wurde am 12. August 1917 in Wilchingen geboren und verlebte dort zusammen mit einer Schwester und zwei Brüdern seine Jugendzeit. Bereits in dieser Zeit lernte Hans den Wald und die Landwirtschaft kennen. Sein Vater war einer der ersten Landwirte in Wilchingen, welcher neben Pferden auch einen Traktor zur Bewältigung der landwirtschaftlichen Arbeiten hielt. Hans wurde deshalb schon früh mit neuen Arbeitsmethoden konfrontiert. Nach der Maturität Typus C an der Kantonsschule Schaffhausen folgte von 1938 bis 1943 das Studium an der ETH, das er als diplomierter Forstingenieur mit eidgenössischem Wählbarkeitszeugnis abschloss. Die forstlichen Praktika absolvierte er in den Kantonen Luzern und Wallis.

Seine erste Anstellung bei der Sektion Holz, Gruppe Brennholz des damaligen eidgenössischen Oberforstinspektorates erfolgte parallel zur militärischen Laufbahn mit Offiziersschule der motorisierten Truppen. Als Oberst leitete er später den Ter Kr 42, dessen Kommando er 1977 im Alter von 60 Jahren abgab.

Im Jahre 1946 heiratete er Beth Müller. Zusammen bauten Sie 1951 in Neuhausen am Rheinflall ein gemütliches Haus, wo auch Tochter Ursula aufwuchs. Hans genoss sein harmonisches Familienleben und konnte seine Arbeits- und Schaffenskraft uneingeschränkt dem Wald und den damit verbundenen Aufgaben widmen.

1945 als Adjunkt des kantonalen Forstamtes Schaffhausen gewählt, wurde ihm bereits ein Jahr später vom Regierungsrat die Leitung des Forstkreises Randen als Nachfolger von Forstmeister Konrad Bär übertragen. 1955 übernahm er den Forstkreis Klettgau als Nachfolger von Forstmeister Eduard Hitz. Neben seinem Kreis wurde ihm 1962 als Nachfolger von Forstmeister Arthur Uehlinger das damalige Leitende Forstamt übertragen, das er bis 1977 führte. 1977 wurde er vom Regierungsrat zum Kantonsplaner gewählt. Dieses Amt hatte er zusammen mit der Leitung des Forstkreises Klettgau bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1982 inne.

Hans Hablützel hat als Forstmann grosse Leistungen vollbracht. Er verstand es ausgezeichnet, die Gemeinden zu überzeugen, dass aus dem Wald nicht nur Gewinne zu erwirtschaften sind, sondern dass ein angemessener Teil davon auch wieder in den Wald investiert werden sollte. So sind unter seiner Leitung die Wegnetze lastwagenfahrender Waldstrassen fast vollständig abgeschlossen und viele ehemalige Mittelwälder in ertragreichere Hochwälder umgewandelt worden. Die bestehenden Hochwälder wurden konsequent nach dem Prinzip der positiven Auslese durchforstet. Bereits in den 1960er-Jahren verfügte Hans Hablützel über kombinierte Bestandes- und Massnahmenkarten, in denen die ausgeführten Eingriffe konsequent nachgetragen wurden. Immer wieder wies er auf die Bedeutung der Schutz- und Wohlfahrtsleistungen der Wälder hin. Bereits in seiner Diplomarbeit über den Zustand der Privatwälder im Kanton Schaffhausen schreibt er im Januar 1942: «Das allgemeine Interesse für den Wald muss gehoben werden. Das Volk ist über die Schutzwirkungen des Waldes sowie über seine volkswirtschaftliche Bedeutung aufzuklären». Dies tat er auch in gekonnter Manier an unzähligen Waldbegehungen mit Behörden und mit der Bevölkerung.

Es war für Hans Hablützel wichtig, sein reiches Wissen und seine grosse forstliche Erfahrung auch andern zur Verfügung zu stellen. So bildete er viele Praktikanten aus und wirkte an den interkantonalen Forstkursen – der damaligen Försterausbildung – als Instruktor. Vielen ist er auch als langjähriger Redaktor des Schweizerischen Forstkalenders bekannt. Hans Hablützel erkannte aber schon sehr früh, dass der Wald gut ausgebildete Fachleute braucht. So war er massgeblich an der Schaffung des Forstwartlehre und an der Gründung der Försterschule Maienfeld beteiligt. Hans Hablützel pflegte gute Kontakte zur ETH in Zürich und zur damaligen EAFV in Birmensdorf und wirkte in verschiedenen schweizerischen forstlichen Gremien. Viele von ihm verfasste Artikel wurden in forstlichen Fachzeitschriften publiziert.

Kurz vor seiner Pensionierung hat Hans Hablützel eine neue Aufgabe übernommen: Er wirkte an vorderster Front beim Aufbau eines Wohnheims für behinderte Erwachsene in Neuhausen am Rheinflall. Als auch dieses Vorhaben geglückt und auf gutem Wege war, trat er als Stiftungsratspräsident zurück. Nun konnte er gemeinsam mit seiner Frau den Lebensabend geniessen.

Hans Hablützel war zeitlebens ein Schaffer, aber auch ein Geniesser und ein ausgezeichnete Vorgesetzter. Sein Handeln war stets von Sachverstand, Weitblick, Korrektheit, Fairness und Menschlichkeit geprägt. Er wurde deshalb von seinen Förstern, Gemeindebehörden, Kollegen und allen, die mit ihm zu tun hatten, zu Recht hoch geschätzt. Am 18. Juni 2003 legte er sich nach einem gemütlichen Mittagessen zu seinem üblichen Mittagsschlaf, aus dem er nicht mehr erwachte. Ein erfülltes Leben hat seinen Abschluss gefunden.

*Verfasser*  
PETER STOOS, Schaffhausen

## HOCHSCHULNACHRICHTEN

ETH Zürich, Departement Forstwissenschaften (D-Fowi)

### Montagskolloquien im Wintersemester 2003/2004

Einladung zu einer Antrittsvorlesung, einem Tenure-Track-Vortrag und den forst- und holzwissenschaftlichen Kolloquien des D-Fowi

#### Antrittsvorlesung

10. November 2003

Prof. Dr. ERWIN HUSSENDÖRFER, Fachhochschule Weihenstephan, Freising:

Nachhaltigkeit genetischer Variation durch naturnahe Waldwirtschaft – Beispiel Weissstanne

Ort: Auditorium F 5, ETH Zentrum, Hauptgebäude, Rämistrasse 101, 8092 Zürich  
Zeit: 17.15 bis 18.00 Uhr

#### Tenure-Track-Vortrag

17. November 2003

Prof. Dr. HARALD BUGMANN, Assistenzprofessur Gebirgswaldökologie, ETH Zürich:

Kann man die Dynamik der Struktur und Zusammensetzung von Gebirgswäldern vorhersagen? Potenzial und Probleme eines modellbasierten Ansatzes

Ort: Auditorium F 5, ETH Zentrum, Hauptgebäude, Rämistrasse 101, 8092 Zürich  
Zeit: 17.15 bis 18.00 Uhr

#### Kolloquien

Die forst- und holzwissenschaftlichen Kolloquien finden jeweils am Montagnachmittag statt.

Ort: Auditorium F 5, ETH Zentrum, Hauptgebäude, Rämistrasse 101, 8092 Zürich  
Zeit: 14.15 bis 18.00 Uhr

3. November 2003

Zum 150. Todestag von Karl Albrecht Kasthofer

Referate mit anschliessender Diskussion  
Leitung: Prof. Dr. ANTON SCHULER, Wald- und Forstgeschichte, ETH Zürich  
Mitwirkende: Christian Kächli, Eidg. Forstdirektion, Buwal, Bern; Oskar Reinhard, a. Oberförster, Matten bei Interlaken; Dr. Martin Stuber, Universität Bern

#### Inhaltliche Übersicht

Vor gut 150 Jahren, am 22. Januar 1853, starb Karl Albrecht Kasthofer, der wohl bekannteste «Forstpionier» der Schweiz.

Im Mittelpunkt der Referate stehen die Person, der Werdegang, die forstliche Tätigkeit im Oberland und im ganzen Kanton Bern sowie seine Ausstrahlung in die spätere Zeit. Kasthofer entstammte dem Umfeld der Berner «Ökonomischen Patrioten». Seine republikanische und liberale Überzeugung vertrat er mit grossem literarischen Aufwand und mit Vehemenz sowohl in der bernischen Politik als auch bei der Propa-

gierung einer besseren Forst- und Land- bzw. Alpwirtschaft. Eines seiner wichtigen Anliegen war die Bildung des Volkes überhaupt und der forstlichen Ausbildung im Besonderen. Seine Ideen können auch in einem grösseren entwicklungspolitischen Umfeld betrachtet werden.

Obwohl Kasthofer auch heute noch als grosser Forstpionier betrachtet wird, folgte die weitere Entwicklung nach der Mitte des 19. Jahrhunderts nicht seinen liberalen Ideen, sondern einer pragmatischen Forstpolitik, die mit dem Artikel 24 der Bundesverfassung von 1874 die forstpolizeiliche Sicherung der Gebirgswälder im Kampf gegen die Überschwemmungen stärker betonte.

1. Dezember 2003

### Kann der Waldbau die Stabilität der Wälder gegenüber Stürmen beeinflussen? Erkenntnisse aus der Lothar-Forschung

Referate mit anschliessender Diskussion

Leitung: Prof. Dr. JEAN-PHILIPPE SCHÜTZ, Professur Waldbau, ETH Zürich

Mitwirkende: Dr. PETER BRANG, WSL, Birmensdorf; MICHAEL GÖTZ, Professur Waldbau, ETH Zürich; Dr. WILLI SCHMID, Institut für Atmosphäre und Klima, ETH Zürich; PIERRE VANOMSEN, Professur Waldbau, ETH Zürich

#### Inhaltliche Übersicht

Sind die vom Sturm Lothar arg betroffenen Wälder einmal einigermassen geräumt, stellt sich bei nüchterner Betrachtung die Frage des nächsten Ereignisses und damit dem Waldbau, ob eine adäquate vorsorgliche Waldbehandlung einen relevanten Einfluss auf die Bestandesstabilität bzw. die Verletzbarkeit der Bestände ausüben kann oder ob ein Sturm der Stärke Lothars als unabwendbares Naturereignis zu betrachten ist.

Aus der Fülle neuer Forschungserkenntnisse nach dem Sturm Lothar sollen diejenigen präsentiert werden, welche es erlauben, das Phänomen eines orkanartigen Sturms und seiner Wirkung auf Waldbestände zu interpretieren. Aus der Schadensanalyse bzw. deren räumlicher Verteilung sollen insbesondere Schlüsse über die Ursachen und die Prädisposition zu Schäden gezogen werden. Die Widerstandsfähigkeit der Bestände bzw. das Phänomen der Auflösung der Bestände werden dabei besonders beachtet. Konsequenzen für die Waldbaupraxis werden abgeleitet.

12. Januar 2004

### Fortschritte bei der Verklebung von Holz

Referate mit anschliessender Diskussion

Leitung: Prof. Dr. PETER NIEMZ, Professur Holzwissenschaften, ETH Zürich, und Dr. KLAUS RICHTER, EMPA, Dübendorf

Mitwirkende: Dr. ANDREA BERNASCONI, Mendrisio; DAVID MANNES, Professur Holzwissenschaften, ETH Zürich; RENÉ WICKI, Collano AG, Sempach

#### Inhaltliche Übersicht

Die Holzverklebung gewinnt in der Holzindustrie zunehmend an Bedeutung. Moderne Klebesysteme sind in der Möbelindustrie, der Holzwerkstoffherstellung und auch im konstruktiven Holzbau nicht mehr wegzuden-

ken. Im Kolloquium wird zunächst eine Übersicht zu modernen Klebstoffen und Klebertechnologien gegeben. Danach werden Fragen des Einflusses der Oberflächenqualität, des Pressdruckes, des Eindringverhaltens von Klebstoffen und der Nassverklebung mit PUR am Beispiel der Verklebung von Massivholz vorgestellt.

19. Januar 2004

### Die Schweizer Wald- und Holzwirtschaft im Spiegel der Zahlen

Referate mit anschliessender Diskussion

Leitung: PETER HOFER, Dipl. Forsting. ETH, lic. rer. pol., GEO Partner AG, Zürich

Mitwirkende: ROMANO COSTA, Abenis, Chur; BRUNO HOLENSTEIN, Bern; FRANK. M. KESSLER, Basler & Hofmann AG, Zürich; RUEDI TAVERNA, GEO Partner AG, Zürich; Dr. JÜRGEN WIEGAND, Planconsult AG, Basel

#### Inhaltliche Übersicht

Der immer raschere Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft ruft nach ständiger Überprüfung des eigenen Handelns. Wirtschaftszahlen sind hierzu eine unerlässliche Grundlage. Sie erlauben eine Kontrolle des Wirtschaftsverlaufs als Grundlage für die Formulierung der Branchenpolitik ebenso wie für die Feststellung, ob politische Absichten auch wunschgemäss umgesetzt werden konnten.

Dem Beispiel früherer Jahre folgend hat die Eidg. Forstdirektion im vergangenen Jahr gleich mehrere Untersuchungen zur schweizerischen Wald- und Holzwirtschaft in Auftrag gegeben. Anlass bildete nicht zuletzt die Durchführung der Betriebszählungen 2000 und 2001. Untersucht und zu einer Gesamtschau zusammengeführt wird die gesamte Wertschöpfungskette vom Wald bis zum Endverbrauch. Die Teilstudien liegen weitgehend vor, die Gesamtbetrachtung wird als Branchenprofil bis Ende des Jahres abgeschlossen sein.

Die Aufarbeitung der statistischen Grundlagen bildet Anlass für eine Darstellung der Veränderungen der Branche in den vergangenen Jahren und eine Beurteilung der heutigen Situation. Im Lichte der gesamtschweizerischen sowie der europäischen Entwicklungen wird eine holz-wirtschaftspolitische Wertung vorgenommen.

26. Januar 2004

### Lagerung und Eigenschaften von Holz nach Sturmschäden

Referate mit anschliessender Diskussion

Leitung: Prof. Dr. PETER NIEMZ, Professur Holzwissenschaften, ETH Zürich

Mitwirkende: MARTIN ARNOLD, EMPA, Dübendorf; Prof. Dr. PETER GLOS, TU München, München; Dr. GEROLD MAHLER, Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg, Freiburg; WALTER SONDEREGGER, Professur Holzwissenschaften, ETH Zürich

#### Inhaltliche Übersicht

Der Orkan Lothar richtete im Dezember 1999 in der Schweiz und in anderen Ländern einen erheblichen Schaden an. Allein in der Schweiz fiel eine Menge von etwa 11 Mio. m<sup>3</sup> an, was dem Einschlag von etwa 2,5 Jahren entspricht. Es werden Erfahrungen zur Holzlage-

rung (Nasslagerung, Lagerung in Folien), zur Qualität von Holz mit Stauchbrüchen und zu Möglichkeiten und Grenzen der Erkennung von Stauchbrüchen vorgestellt.

2. Februar 2004

### Neuausrichtung der Lehre im Bereich Wald und Landschaft an der ETH Zürich

Referate mit anschliessender Diskussion

Leitung: Prof. Dr. HANS RUDOLF HEINIMANN, Professur Forstliches Ingenieurwesen, ETH Zürich

Mitwirkende: Weitere Referenten

#### Inhaltliche Übersicht

Das Bildungswesen Europas befindet sich derzeit in einer grundlegenden Veränderung. Die Bologna-Deklaration vereinheitlicht die universitäre Ausbildung, indem sie ein Dreistufen-Modell vorsieht, das nach drei Jahren zum Bachelor-, nach fünf Jahren zum Master- und nach acht Jahren zum Doktor-Abschluss führt. Damit geht an der ETH eine 150-jährige Tradition zu Ende, deren Ausbildungskern das Diplomstudium ist. Die forstwissenschaftliche Ausbildung ist Teil der Neuausrichtung. Ab dem Wintersemester 2003/2004 wird ein Bachelor-Master-Studium angeboten, aber für Neueintretende nicht mehr der bekannte Diplomstudiengang. Ziel des Kolloquiums ist es, die Ziele, die Struktur und die inhaltliche Ausrichtung des neuen universitären Ausbildungssystems vorzustellen und die Nahtstellen zum Gesamtsystem der wald- und landwirtschaftsbezogenen Ausbildung zu diskutieren.

## SCHWEIZ

### Waldprogramm Schweiz

#### Stellungnahme der Umweltorganisationen

Abbau der staatlichen Kontrolle und freie Hand bei der Holznutzung: Die Liberalisierungswelle rollt auch auf den Schweizer Wald zu und droht, die Errungenschaften der Schweizer Waldpolitik wegzuspülen. Die Umweltorganisationen warnen, dass im Rahmen des Waldprogramms (WAP) des Bundes die Forstpolitik umgekrempelt und dabei die Grundlage für eine industrielle Holznutzung gelegt wird – auf Kosten der Natur. Die Umweltorganisationen fordern, dass auch im zukünftigen Waldgesetz die Multifunktionalität des Waldes gewährleistet ist: Der Schweizer Wald soll nicht nur Holz liefern, sondern auch Lebensraum für Tiere und Pflanzen sein sowie Schutz und Erholung bieten.

Die wirtschaftlichen Probleme der Schweizer Waldwirtschaft können nicht dem Waldgesetz angelastet werden, unterstreichen Pro Natura, der Schweizer Vogelschutz SVS – BirdLife Schweiz, die Stiftung Landschaftsschutz Schweiz (SL) und der WWF Schweiz in einer gemeinsamen Stellungnahme zum Waldprogramm. Zwar sind Strukturanpassungen in der Holz- und Waldwirtschaft ebenso nötig wie eine verstärkte Zusammenarbeit und ein verbessertes Marketing für Holz – dazu muss aber die Waldgesetzgebung nicht aufgeweicht werden. Auch in Zukunft braucht es nach Ansicht der Umweltor-

ganisationen auf der gesamten Schweizer Waldfläche eine naturnahe Bewirtschaftung und einen starken Forstdienst, der diese sicherstellt.

Die vier Umweltorganisationen setzen sich im Rahmen des WAP-Prozesses dafür ein, dass die Waldfläche im heutigen Ausmass erhalten bleibt und verstärkte Anstrengungen zur Erhaltung und Förderung der Artenvielfalt im Schweizer Wald getroffen werden. Denn es hat in unseren Wäldern weiterhin zu wenig Tot- und Altholz und vielerorts zu wenig Licht. Zudem fehlen noch viele der notwendigen Naturwaldreservate (Wald ohne Eingriffe), Sonderwaldreservate (Wald mit gezielten Eingriffen), Flächen für besondere Artenförderungsprogramme sowie Ruhegebiete.

Die Belange des Waldes müssen vermehrt auch bei Regionalentwicklung und Raumplanung, Landwirtschaft, Verkehr und Tourismus sowie der Wirtschafts- und Energiepolitik berücksichtigt werden. Die Rolle des Holzes als einheimischer Energieträger soll gefördert werden. Ganz wichtig für die Gesundheit der Wälder ist das Einhalten der Luftreinhalteverordnung und der Einsatz der Schweiz in diesem Bereich auch auf internationaler Ebene.

Der Bund soll nach Wunsch der Umweltverbände zukünftig eine stärkere Rolle spielen. So soll er für eine einheitlichere Rodungs- und Waldbewirtschaftungspraxis besorgt sein und vor allem genügend Mittel in einem leistungsorientierten System zur Erhaltung der verschiedenen Funktionen des Waldes zur Verfügung stellen.

Die ausführliche Stellungnahme zum WAP kann auf den Webseiten der vier Organisationen heruntergeladen werden. Die Sachbearbeiterinnen und -bearbeiter stehen für weitere Auskünfte zur Verfügung.

Pro Natura, Wartenbergstr. 22, Postfach, 4020 Basel, Evelyn Kamber, Tel. 061 317 91 35, E-Mail: evelyn.kamber@pronatura.ch. Internet: www.pronatura.ch.

Schweizer Vogelschutz SVS – BirdLife Schweiz, Wiedingstr. 78, Postfach, 8036 Zürich, Christa Glauser, Tel. 01 463 72 71, E-Mail: christa.glauser@birdlife.ch. Internet: www.birdlife.ch/medien.

Stiftung Landschaftsschutz Schweiz (SL), Hirschengraben 11, 3011 Bern, Raimund Rodewald, Tel. 031 312 20 01, E-Mail: r.rodewald@sl-fp.ch. Internet: www.sl-fp.ch.

WWF Schweiz, Hohlstr. 110, Postfach, 8010 Zürich, Damian Oetli, Tel. 01 297 22 35, E-Mail: damian.oetli@wwf.ch. Internet: www.wwf.ch.

## Waldprogramm Schweiz

### Stellungnahme der Wirtschaftsverbände

Der Verband Schweizerischer Forstunternehmungen (VSFU), Holzindustrie Schweiz (HIS), Lignum (HWK), Waldbewirtschaftung Schweiz (WVS) und der Schweizerische Bauernverband (SBV) haben eine gemeinsame Stellungnahme zum laufenden Waldprogramm (WAP) abgegeben. Nach Meinung der fünf Verbände sei die Schweizer Waldbewirtschaftung vermutlich in der grössten Krise, die sie schon je mitgemacht habe. Dem Waldbesitzer und den Betrieben der Forst- und Holzwirtschaft müsse ermöglicht werden, zur Eigenwirt-

schaftlichkeit zurückzufinden. Dazu müssen die Rahmenbedingungen (vor allem die informellen) verbessert werden. Ziel müsse es sein, dass die forstlichen Leistungen ohne Beiträge der öffentlichen Hand erfüllt werden können und dass die Forst- und Holzwirtschaft gegenüber jener in den umliegenden Staaten konkurrenzfähig werde.

Der Schweizer Wald bedeckt rund 30 Prozent der gesamten Landesfläche und ist als Lieferant des Rohstoffs Holz für die Holzindustrie besonders wichtig. So werden durch Betriebe des Forst- und Holzsektors rund 70 000 Personen in der Schweiz beschäftigt. Diese Arbeitsplätze befinden sich vielfach in ländlichen Regionen und erhalten so deren Besiedlung. Deshalb ist es gemäss den Verbänden aus ökologischer und ökonomischer Sicht sinnvoll, Holz zu verwenden und dieses auch hier in der Schweiz zu ernten und zu verarbeiten.

Die Schweiz ist traditionell ein klein strukturiertes Land. Die Wirtschaftsverbände betonen, dass durch das kleinflächige Waldeigentum die Möglichkeiten einer rationellen, effizienten Waldbewirtschaftung eingeschränkt sind. Zudem sind die topografischen Verhältnisse in weiten Teilen der Schweiz schwierig, was teurere Holzernteverfahren nach sich ziehe. Neben Einschränkungen, die auf die dichte Besiedlung der Schweiz zurückgehen, würden auch die hohen Kosten einen Nachteil gegenüber der ausländischen Konkurrenz bedeuten.

Die fünf Verbände fordern daher, dass mit dem WAP die Auflagen gelockert werden müssen, welche Waldbesitzer und Holzverarbeiter zu erfüllen haben. Einerseits sei über geeignete Instrumente des Bundes auf Stufe Gesetzgeber ein Handlungsspielraum zu eröffnen und andererseits seien auch willkürliche informelle Einschränkungen einiger Waldexponenten bei der Auslegung der Gesetze und Verordnungen zu unterbinden. Aus diesen Gründen verlangen die Wirtschaftsverbände, dass folgende Punkte im WAP verankert werden:

- Standard naturnaher Waldbau: Bei der biologischen Produktion solle die Standortkartierung grosszügig gehandhabt werden. Der Waldbesitzer müsse die Möglichkeit erhalten, deren waldbauliche Empfehlung bezogen auf eine grosse Fläche umzusetzen. Beispielsweise müsse es ihm möglich sein, an geeignet erscheinenden Standorten ganze Bestände einheimischer Gastbaumarten zu begründen. Mit dieser Öffnung des Standards würde der Waldbesitzer die Möglichkeit erhalten, die Bestandesbegründung nach seinen eigenen Einschätzungen der zukünftigen Marktlage vorzunehmen und könne sich damit marktkonform verhalten.
- Prioritäten richtig setzen: Die Verbände der Wirtschaft seien sich im Klaren, dass die Waldbewirtschaftung eigenwirtschaftlich sein müsse und nur dort Abgeltungen vorgenommen werden sollen, wo übergeordnete Interessen zu erfüllen seien. Der Bund solle sich aber auf die wichtigsten Schutzaufgaben beschränken und die Bereiche Freizeit und Erholung, Waldentwicklung, Waldränder und Erhaltung der landschaftlichen Vielfalt den Kräften des Marktes überlassen. Durch die im WAP vorgesehene Prioritätensetzung sollen für den Bund nicht neue Sachzwänge entstehen, die

nachträglich auf dem Buckel der Waldbesitzer und Steuerzahler ausgetragen werden müssen. Die durch Bund und Kantone abzugeltenden Leistungen seien im Übrigen nach dem Best-Price-Verfahren abzugelten und aufgrund konkreter Offerten zu vergeben. Durch ein Qualitätsmanagementsystem müsse sichergestellt werden, dass die bezahlten Leistungen auch richtig ausgeführt werden.

- Definieren von Vorrangfunktionen: Nach heutigem Waldgesetz seien Schutz-, Nutz- und Wohlfahrtsfunktionen auf der ganzen Waldfläche einander gleichgesetzt. Die Verbände fordern, dass in einem künftigen Waldgesetz auf den verschiedenen Waldflächen Vorrangfunktionen auszuweisen seien. Je nach Vorrangfunktion sollen dem Waldbesitzer mehr oder weniger Freiheiten gewährt werden. Flächen mit den Waldbesitzer einschränkenden Vorrangfunktionen seien sehr zurückhaltend auszuweisen. Grundsätzlich müsse erreicht werden, dass auf dem grössten Teil der Waldfläche eine eigenwirtschaftliche Waldbewirtschaftung möglich sei. Im Wirtschaftswald habe die Bewirtschaftung nach einem Standard des naturnahen Waldbaus zu erfolgen, der dem Waldbesitzer einiges an Handlungsfreiheit einräume.
- Bildung, Forschung: In der Forstwirtschaft bestehen gemäss den Verbänden Defizite beim betriebswirtschaftlichen Know-how. Durch Einflussnahme auf die Lehrpläne der Bildungsanbieter müsse sichergestellt werden, dass die betriebswirtschaftliche Ausbildung der waldbaulichen oder ökologischen gleichgestellt werde. Nur so werde es möglich sein, die Betriebe Richtung Eigenwirtschaftlichkeit zu führen.
- Walderschliessung: Eine effiziente Forstwirtschaft sei auf Strassen angewiesen. Dank technologischen Verbesserungen der Holzerntemaschinen gebe es aber immer weitere Waldgebiete, in welchen diese Maschinen wirtschaftlich eingesetzt werden können. Deshalb fordern die Verbände, dass den Waldbesitzern ermöglicht werden muss, im Rahmen der übergeordneten Gesetze Erschliessungsstrassen zu erstellen, die ihnen eine effiziente Holzernte erlauben.
- Organisation von Holzschlägen: Die Holzerntetechnik hat sich in den letzten Jahren durch den Druck aus dem Ausland markant verändert. Die heutigen technischen Geräte können am wirtschaftlichsten in möglichst grossen Holzschlägen (ideal ab 1000 m<sup>3</sup>) eingesetzt werden. Je grösser die Auslastung solcher Maschinen ist, desto tiefer sind die Kosten. Deshalb erklären die fünf Verbände, dass mit einem neuen Waldgesetz keine Beschränkungen erlassen werden dürften, welche die Schlaggrösse (in der Durchforstung, nicht etwa Kahlschläge) oder den Holzschlagzeitraum einschränken. Die Schweizer Forst- und Holzwirtschaft konkurriere mit Produzenten, die mehrschichtig rund um die Uhr arbeiten und auch ganzjährig Holz ernten könnten.
- Finanzierung der Waldleistungen: Abschliessend fordern die fünf Verbände, dass Leistungen, die der Wald für die Öffentlichkeit erbringt – soweit nicht die direkten Nutzniesser herangezogen werden können – aus allgemeinen Steuermitteln zu finanzieren sind.

## Programme forestier suisse

### Prise de position de la Direction des forêts et domaines de la Ville de Neuchâtel

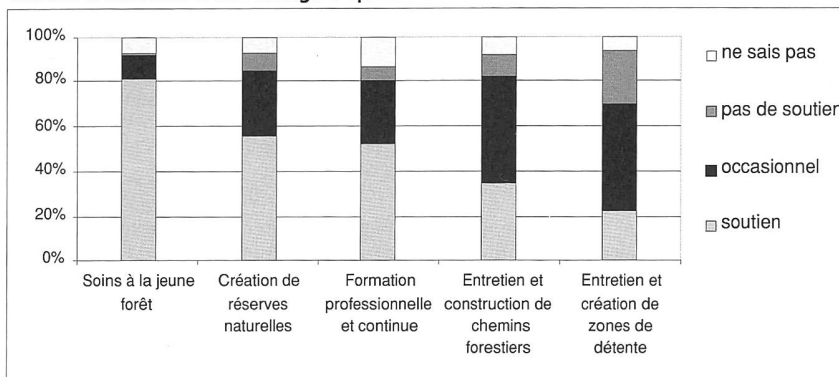
La Direction des forêts et domaines de la Ville de Neuchâtel suit avec grande inquiétude l'évolution de l'actualité forestière au niveau national.

L'EPFZ réduit de manière importante l'enseignement et la recherche en sciences forestières; la Direction de l'EFS à Soleure publie des thèses axées sur des améliorations économiques au détriment d'une réelle gestion durable, la Direction fédérale des forêts communique des programmes d'allègement budgétaire de la Confédération très clairement disproportionnés au niveau forestier et l'Etat de Berne supprime des dizaines de places de travail en forêt pour une meilleure rentabilité, sans véritable examen global et à long terme sur les effets financiers et sociaux.

De plus et parallèlement à ces événements déterminants, l'OFEFP élabore un programme d'action politique – le Programme forestier suisse (PFS) – en souhaitant tenir compte d'une large discussion et ayant comme objectif général de garantir un développement durable des forêts. Dans la mesure où les milieux intéressés sont invités à participer à ce processus et où les conséquences nous touchent directement, nous nous permettons de prendre position et de présenter nos réflexions. La pertinence de ces réflexions, pourtant, apparaît d'une manière générale remise en cause car certaines décisions importantes ont déjà été prises.

Pour ce qui concerne Neuchâtel, nous constatons aujourd'hui que les autorités de la ville ont constitué et entretenu des domaines forestiers depuis 150 ans avec une très grande clairvoyance et ouverture; ces domaines rendent actuellement d'inestimables services. En

Tableau 1: Résultats d'un sondage d'opinion effectué à Chaumont.



plus de leur multifonctionnalité, les principaux massifs forestiers de la ville se distinguent par des vocations spécifiques de protection du «château d'eau» du canton à Champ-du-Moulin, de fonction sociale et de biodiversité de grande valeur à Chaumont et de production d'une excellente matière première aux Joux. Suite à la décision prise en 1995 de gérer ses forêts de manière durable, la Ville de Neuchâtel a procédé à une certification de son patrimoine forestier il y a trois ans déjà, ceci dans le cadre d'un projet pilote d'Agenda 21.

Dans ce contexte, le processus du PFS nous interpelle tout spécialement et nous avons examiné les récents documents publiés en français avec grand intérêt, plus particulièrement le document du 13 mars 2003, établi pour la séance de la Conférence des directeurs cantonaux des forêts qui nous servira de référence pour les considérations ci-dessous.

#### Problèmes forestiers

Le document précité présente brièvement les problèmes suivants:

1. Structures problématiques des entreprises et difficultés liées à la récolte et à la transformation efficace des bois.

2. Désintérêt des propriétaires pour la gestion forestière et problème du maintien des prestations.
3. Prestations prioritaires de la forêt mal définies.
4. Sensibilisation insuffisante de la population aux valeurs forestières.
5. Recherches scientifiques insuffisantes concernant les écosystèmes forestiers et application lacunaire des résultats.
6. Trop de différences de traitement entre les cantons et prestations insuffisamment harmonisées.

Les problèmes énumérés existent réellement et il est urgent d'en analyser l'origine et de les résoudre de manière globale. Cela d'autant plus, en se référant au problème des prestations, voire à celui des fonctions de la forêt, que la Constitution fédérale de 1998 stipule à l'art. 77 «Forêts»: «1. La Confédération veille à ce que les forêts puissent remplir leurs fonctions protectrice, économique et sociale. 2. Elle fixe les principes applicables à la protection des forêts. 3. Elle encourage les mesures de conservation des forêts.» «Remplir leurs fonctions» signifie clairement créer les conditions cadres nécessaires pour ré-

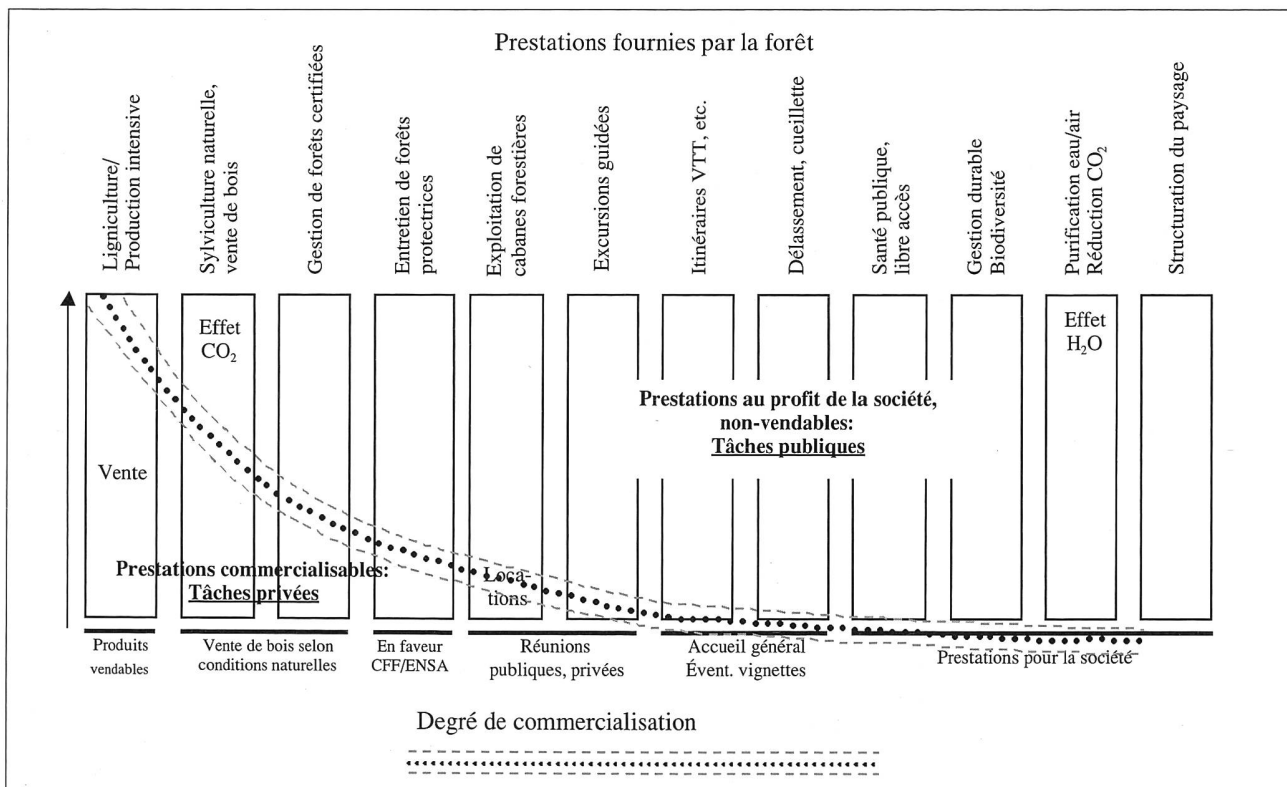


Figure 1: Degré de commercialisation de quelques prestations fournies par la forêt.

pondre à cette exigence. Or, les problèmes énumérés dépassent largement les compétences et les possibilités d'action et financières des propriétaires; les solutions sont donc à discuter et à trouver à un autre niveau.

Dans ce sens, la loi fédérale sur les forêts du 4 octobre 1991 propose déjà de nombreuses dispositions qui permettent dans une large mesure d'intervenir favorablement, en particulier dans le cadre de la planification régionale, qui n'ont de loin pas encore développé tous les effets bénéfiques possibles.

L'important avantage de la planification régionale réside dans le fait qu'elle tient compte des problèmes et particularités régionales, ainsi que de l'intérêt des propriétaires forestiers, de la population et des organisations non gouvernementales. Les prestations souhaitées sont à définir, les programmes de réalisation à planifier et la répartition des frais à discuter. Il est donc indispensable de chercher un maximum de solutions en utilisant cet instrument parfaitement adapté à la multifonctionnalité, aux spécificités de nos forêts ainsi qu'aux divers intérêts des clients de la forêt.

A notre avis, un grand nombre des problèmes mentionnés dans le PFS devraient être analysés et pourraient être résolus au niveau des plans d'aménagement forestiers régionaux.

### Vision générale

Sur la base du document du 13 mars, nous analysons les six visions qui inspirent le PFS:

- I. La politique forestière obéit au principe du développement durable.
- II. La forêt fournit simultanément diverses prestations (multifonctionnalité), voire des prestations prépondérantes selon les particularités des lieux : gestion libre ou différenciée ?
- III. L'étendue des forêts est maintenue, la structuration du paysage aussi.
- IV. La filière bois (récolte, transformation) est compétitive.
- V. Les prestations en faveur de la société sont indemnisées.
- VI. La politique forestière est une tâche de la Confédération, des cantons et des communes, en collaboration avec les propriétaires et les groupements privés.

Nous approuvons entièrement le préambule de ce chapitre qui souligne l'importance de la forêt au niveau de la faune et de la flore, de la ressource bois, du paysage, du climat et de l'eau, de la prévention des dangers naturels ainsi que du bien-être et de la sécurité de la société.

Nous approuvons également la majorité des visions générales; en revanche, nous nous interrogeons très sérieusement sur la vision II, proposant de gérer de manière différenciée les forêts fournissant des prestations prépondérantes et de laisser les propriétaires des surfaces restantes libres d'exploiter leurs forêts comme ils l'entendent. Une gestion forestière libre pourrait évoluer dans différentes directions; en suivant les 8 thèses de l'EFS, elle serait manifestement en opposition très claire avec le principe du développement durable et par conséquent avec la vision II!

D'autre part, fixer des exigences minimales concernant une sylviculture proche de la nature, ce qui est parfaitement souhaitable,

équivalait à restreindre la liberté d'action du propriétaire. Par conséquent, ce dernier ne pourra justement pas exploiter sa forêt comme il l'entend.

La vision V mentionne l'indemnisation des «prestations de service public demandées, particulièrement onéreuses». Il va de soi que ce n'est pas au propriétaire forestier de financer les prestations forestières à caractère public. En examinant soigneusement les rôles que la forêt assume en faveur de la société actuelle (cf. préambule), il faut admettre que la liste des tâches publiques est impressionnante. Le financement de ces tâches doit donc être assuré par les collectivités publiques, même s'il ne s'agit pas de «prestations particulièrement onéreuses».

A titre d'exemple, nous citons ici un passage tiré des résultats d'un sondage d'opinion effectué en automne 2002 dans les forêts de Chaumont dans le cadre de l'évaluation de l'Agenda 21 de la Ville de Neuchâtel, travail confié à la chaire ENAC-GECOS de l'EPF de Lausanne. A la question: «Quelles sont les activités forestières que le canton et la Confédération devraient, selon vous, soutenir financièrement?», les réponses obtenues figurent au *tableau 1*.

Les nombreux promoteurs et sportifs en forêt attribuent, selon une autre question, une grande importance à la fonction de biodiversité (1<sup>ère</sup> priorité), à la fonction protectrice (2<sup>ème</sup> priorité) et à la fonction sociale (3<sup>ème</sup> priorité) de la forêt et souhaitent par conséquent un soutien financier non seulement pour les tâches purement publiques, mais également pour les soins à la jeune forêt, la création de réserves naturelles ainsi que pour la formation professionnelle. Ces réponses indiquent très clairement le souhait d'un soutien tangible aux propriétaires forestiers.

### Objectifs

Les 15 priorités et objectifs à l'horizon 2015 énumérés dans le document de base sont regroupés dans les chapitres suivants:

- Surface forestière (3 objectifs)
- Biodiversité (3 objectifs)
- Protection des forêts (2 objectifs)
- Forêts protectrices (2 objectifs)
- Récolte du bois (2 objectifs)
- Fonction socio-économique (3 objectifs)

Le fond et le contenu de ces objectifs sont parfaitement défendables, mais leur mise en oeuvre pose problème. Sur les 15 objectifs, 13 ont un caractère purement public, alors que les objectifs 7 et 8 (conditions économiques et production de bois) visent également des tâches privées. Comment l'OFEPF s'imaginait-il la réalisation de toutes les mesures nécessaires afin de remplir les objectifs fixés? Il faut bien admettre que les mesures correspondant à des tâches d'intérêt public doivent être financées par les collectivités publiques. Cependant, à l'heure actuelle, la Confédération et par conséquent les cantons diminuent leur aide financière aux propriétaires forestiers, ce qui rend le chapitre 6 (objectifs) tout simplement irréalisable.

Précisons qu'il est très onéreux, notamment, de valoriser les lisières sur le plan écologique (objectif 3), de lutter contre les organismes nuisibles (objectif 5), d'augmenter la récolte de bois pour améliorer le bilan du CO<sub>2</sub>

(objectif 6), de favoriser la biodiversité (objectif 9), de maintenir des forêts protectrices en bon état (objectifs 12 et 13), de développer la formation et la recherche afin de garantir les compétences techniques dans la foresterie (objectif 15). Il faut, par conséquent, soit réduire les objectifs, soit accroître le financement.

### Stratégie

Le document du 13 mars 2003 ne livre malheureusement pas d'approches stratégiques détaillées, ni de planification financière générale. C'est une lacune très importante. Des réflexions à ce sujet auraient montré les grandes difficultés de réalisation décrites plus haut.

Néanmoins, il est mentionné une volonté de distinguer les prestations qui relèvent plutôt du service public de celles qui relèvent plutôt de l'économie privée. Afin de clarifier la différence entre ces deux types de prestations, le texte nous indique que la consommation de prestations publiques ne diminue pas son volume (protection) et ne pourra se vendre (air pur, O<sub>2</sub>), par rapport à une coupe de bois qu'un seul propriétaire vend et qui lui profite personnellement.

Par analogie et pour simplifier les considérations, il serait souhaitable de définir pour chaque prestation un «degré de commercialisation» comme l'illustre la *figure 1*. L'examen minutieux du degré de commercialisation montre qu'il peut être difficile d'attribuer une prestation à l'un ou l'autre type, privé ou public, et révèle également les synergies qui existent entre les prestations! Ceci est parfaitement logique dans la mesure où nos forêts remplissent des rôles multifonctionnels et qu'une séparation nette des fonctions est tout simplement impossible. Trois exemples choisis parmi un très grand nombre permettront de justifier ces propos:

1. La production et la vente de bois pourraient être considérées comme tâches purement privées. Cette affirmation était sans autre acceptable en 1980 en raison de résultats financiers favorables aux propriétaires. Aujourd'hui, à bien des endroits, la production est devenue tellement onéreuse que certains propriétaires renoncent aux travaux d'entretien, avec pour conséquence une diminution de la production indigène, la nécessité d'importer la matière première (transport) et le vieillissement des forêts; trois éléments qui relèvent typiquement de l'intérêt public.
2. Une forêt assurant la protection d'une ligne de chemin de fer en montagne profite directement à la compagnie en question qui vend ses prestations. Mais l'entretien des forêts protectrices en montagne favorise la régénération, la vitalité et la stabilité et permet ainsi de réduire le danger d'érosion, de chutes de pierres et de glissements de terrain, ce qui relève largement de l'intérêt public.
3. La location d'une cabane forestière pour des buts privés est une prestation très clairement à caractère privé. Il est même permis de s'interroger sur les aspects légaux de ce type de commercialisation. En revanche, ce contact avec de nombreux privés provenant de milieux très différents est une excellente occasion d'information sur l'ac-

tualité forestière, la gestion durable, la problématique des réserves forestières et du bois mort, aspects difficilement acceptés par le grand public comme de nombreuses enquêtes le prouvent. Donc, une prestation publique par excellence!

D'autres exemples pourraient être cités, qui concernent l'entretien des forêts (production) et les effets CO<sub>2</sub>-O<sub>2</sub>; les essences rares et nobles (chêne, alisier, cerisier) et la biodiversité, la régénération des forêts (production) et les questions liées à l'hydrologie, à l'eau potable et à la protection des sources.

Ces exemples montrent que les facteurs «temps» et «lieu» jouent un rôle primordial, car les conditions et le degré de commercialisation changent totalement selon la région et l'époque.

### Conclusions

Suite aux analyses effectuées, il est permis de constater que la situation actuelle de la foresterie en Suisse est difficile et comprend un certain nombre de problèmes à résoudre rapidement. Il apparaît aussi que l'instrument du plan d'aménagement régional n'a pas encore développé tous ses effets bénéfiques, et de loin. Dans la mesure où cette plate-forme est accessible à toutes celles et à tous ceux que la forêt intéresse, il est indispensable de la mettre en valeur afin de trouver les meilleures solutions aux divers problèmes posés.

Quant à la vision du développement durable en forêt, en particulier les forêts de type multifonctionnel, elle doit être absolument soutenue, même en acceptant une certaine restriction de la liberté de gestion, par opposition aux 8 thèses de l'EFS.

S'agissant des finances, sans aide efficace de la part de la Confédération, il ne sera tout simplement pas possible de remplir les objectifs énumérés. Trop d'objectifs visent des tâches à caractère public qui ne peuvent être prises en charge par les propriétaires.

En ce qui concerne la séparation des prestations publiques et privées, un désenchevêtrement strict n'est guère possible et, au niveau des services forestiers, certainement pas souhaité, afin de ne pas perdre tous les avantages des synergies dont les privés et la société profitent actuellement.

P. BONHÔTE, conseiller communal de la Ville de Neuchâtel, Directeur de l'urbanisme, des forêts et domaines, du tourisme et des transports.

S. JEANRICHARD, ingénieur forestier de la Ville et du 1er arrondissement forestier de Neuchâtel.

## Zukunftsfähige Waldwirtschaft

### Stellungnahme der Konferenz der Kantonsförster (KOK)

Die Konferenz der Kantonsförster (KOK) hat eine gemeinsame Stellungnahme zu den «8 Thesen für eine zukunftsfähige Waldwirtschaft» des Dachverbands Waldwirtschaft Schweiz (WVS) verabschiedet. Die acht Thesen richteten sich an alle Akteure der schweizerischen Waldpolitik. Wie die KOK weiter ausführt, forderte der Dachverband, dass die Waldpolitik des Bundes, der Kantone und vor

allem das Verhalten der einzelnen Waldeigentümer und ihrer Forstbetriebe verändert werden müsse. Die KOK kritisiert, dass die Thesen sich dabei zu stark auf den öffentlichen Wald beziehen, während der Einbezug des Privatwaldes fehle. Der Zeithorizont für die Realisierung der Thesen betrage mehrere Jahre, insbesondere was die Mobilisierung der Waldeigentümer betrifft. Auch habe der erwünschte Veränderungsprozess der waldbirtschaftlichen Strukturen unter Berücksichtigung der daran Beteiligten zu erfolgen.

Die Kantonsoberröster betonen weiter, dass sie die Kritik an den heutigen Institutionen zur Kenntnis nehmen, aber sie stellen auch fest, dass diese den unterschiedlichen Verhältnissen in den Kantonen und Regionen in keiner Weise Rechnung trägt. Sie sehen ebenfalls Handlungsbedarf bei der Entwicklung der Strukturen und unterstützen jegliches Bestreben nach mehr Eigenverantwortung der Waldbesitzer. Die Mitglieder der KOK stehen jedoch einem radikalen «Regulierungsabbau» und der «durchschimmernden Privatisierungstendenz» kritisch gegenüber und warnen davor, die Forderungen des WVS vorbehaltlos zu übernehmen. Bei Sofortmassnahmen nach Naturereignissen und der Bewältigung der Schäden waren und sind die öffentlichen Forstbetriebe mit qualifizierten Fachleuten vor Ort von entscheidender Bedeutung.

Zentrale Ziele für die KOK sind die dauerhafte Sicherstellung der von der Öffentlichkeit geforderten Waldfunktionen. Bei deren Festlegung sei den regionalen und kantonalen Bedürfnissen und Prioritäten Rechnung zu tragen. Die nachhaltige Waldbewirtschaftung entsprechend den Ansprüchen der Gesellschaft und der Waldeigentümer gehöre auch zur allgemeinen Zielsetzung des WVS, doch besteht nach Meinung der KOK ein Konfliktpotenzial auf der Umsetzungsebene.

Die Kantonsförster sehen die gewachsene Rollenteilung zwischen Forstdiensten und Waldbesitzern als Erfolgsgeschichte. Indem mehrere Aufgaben bei einer Stelle zusammengefasst wurden, konnten Synergien garantiert und eine effiziente Abwicklung von Geschäften ermöglicht werden. Diese Rollenteilung garantierte speziell Ortskenntnis ebenso wie Verständnis und Nähe zum Waldbesitzer. Derartige Stärken dürften nicht einfach über Bord geworfen werden, auch wenn Zielkonflikte und unklare Interessenabgrenzung drohten.

Neue gesellschaftliche Ansprüche und Werte erfordern laufend Anpassungen. Vor diesem Hintergrund wurden und werden mehrere waldbolitische Entscheidungsgrundlagen erarbeitet. Für die KOK stellt das Waldprogramm Schweiz (WAP-CH) das waldbolitische Leitverfahren dar. Die «8 Thesen für eine zukunftsfähige Waldwirtschaft des WVS», die Logistikstudie der Schweizer Wald- und Holzindustrie (Bericht Jaakko Pöyry) oder der Galileo-Bericht des KT Bern seien Analysen und Expertenberichte, die im laufenden WAP-Prozess zu beurteilen und zu berücksichtigen seien. Mehrere Verbesserungsmaßnahmen seien zudem bereits eingeleitet.

Die KOK findet, dass die Erarbeitung der Thesen verbandsintern wie verbandsextern ungenügend kommuniziert wurde. Mehrere kantonale Waldeigentümergebände fühlten sich durch das Vorgehen der Expertengruppe

der Verbandsspitze übergangen. Die Konsolidierung durch die kantonalen Verbände sei nachzuholen. Im Übrigen hätte auch ein Einbezug der KOK dazu beitragen können. Die schlagwortartige Formulierung der Thesen zusammenfassungen hinterlässt, nach Einschätzung der KOK, den Eindruck einer allgemeinen Anschuldigung des Forstdienstes. Zudem sei die Gefahr gross, dass die sparwilligen politischen Entscheidungsträger die Thesen als Aufforderung zur ersatzlosen Streichung der Subventionen (miss-)verstehen und dabei die geforderte Neuausrichtung der Subventionen und die Mitfinanzierung durch die Nutzniesser übersehen. Die KOK kritisiert, dass der WVS der Abgeltungsfrage der Waldbewirtschaftungen im öffentlichen Interesse bis jetzt zu wenig Beachtung geschenkt habe.

### Zu den Thesen im Einzelnen

- These 1 «Klare Rechte und Pflichten für alle Waldbesitzer»: Diese These richtet sich insbesondere an die Waldeigentümer, die eigenen Verbandsmitglieder, damit diese mehr Eigenverantwortung übernehmen. Die Investitionen der Eigentümer in ihr Waldeigentum müssen durch langfristig stabile Rahmenbedingungen geschützt sein. Die KOK begrüsst diese These grundsätzlich und erachtet sie als prüfenswert.
- These 2 «Mehr Freiheit und Eigenverantwortung für die Waldbesitzer»: Die These richtet sich zum Teil an die Waldeigentümer. Die Forderung nach Abschaffung der Holznutzungsbewilligung, der Bestockungspflicht und der Betriebsplanpflichten wurde im Waldgesetz (WaG) bereits mehrheitlich umgesetzt. Vorgeschrieben ist eine Holznutzungsbewilligung, die Ausgestaltung dieser Bewilligung liegt jedoch in der Kompetenz der Kantone. Die KOK ist bereit und interessiert, eine zweckmässige Form der Holznutzungsbewilligung mit zu erarbeiten und umzusetzen, welche eine genügende (zu definierende) Qualität der Waldbewirtschaftung garantiert und mit einer optimalen Holzverwertung verbunden.

In Bezug auf die Zweckmässigkeit von Kahlschlägen, gibt es kein allgemein gültiges Rezept. Die KOK zeigt sich offen für eine Vergrösserung der Kahlschläge in Funktion der Holznachfrage und zur Optimierung der Holzproduktion. Besondere, lokal ausgeschiedene, Waldfunktionen von öffentlichem Interesse sowie die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit und der Bodenschutz sind entscheidende Kriterien für die Grössenbegrenzung von Kahlschlägen.

Auch die KOK geht nicht davon aus, dass die Mehrheit der Waldeigentümer ihren Wald grossflächig kahl schlagen würde, wenn sie die Freiheit dazu hätte, da die heutige Waldgesinnung nicht mit jener im 19. Jahrhundert verglichen werden kann. Dennoch ist die KOK überzeugt, dass auf eine Erhöhung der Eigenverantwortung der Waldeigentümer bei der Waldbewirtschaftung nur eingetreten werden kann, wenn vorgängig ein minimaler Qualitätsstandard für die Waldbewirtschaftung definiert wird. Das Erfassen und die Berücksichtigung von öffentlichen Interessen (z.B. Schutzwaldpflege) ist eine Aufgabe des Forstdienstes.

- These 3 «Aufgabenteilung»: Betroffen ist die Ausgestaltung der Forstdienste beim Bund und insbesondere bei den Kantonen. Das WaG, als Rahmengesetz, legt die Organisationsform und die Aufgaben des Forstdienstes nicht fest; dies liegt in kantonaler Kompetenz. Es trifft zu, dass mehrere Kantone die gebietsmässige Kongruenz der hoheitlichen und der betrieblichen Verantwortung festgelegt haben. In dem Sinne, dass sich die KOK, gleich wie der WVS, für die Verbesserung der Eigenwirtschaftlichkeit der Forstbetriebe einsetzt, tritt die KOK auf die Prüfung der Aufgabenteilung ein. Ist diese zielführend, so ist sie auch einzuführen. Dabei geht es nicht darum, ein starres Organisationsmodell der Trennung von hoheitlichen und betrieblichen Aufgaben festzulegen. Die Weiterentwicklung der gewachsenen Strukturen, z.B. zu Strukturen mit Aufgabenteilung, ist zu ermöglichen und zu fördern, entsprechend den regionalen Bedürfnissen und dem zu realisierenden Rationalisierungspotenzial. Der Forstdienst muss aber seinen Auftrag – Sicherstellung der qualitativen und quantitativen Walderhaltung – weiterhin erfüllen können und auch künftig über griffige Förder-, Interventions- und Kontrollinstrumente verfügen.
- These 4 «Optimierung der Waldbewirtschaftung»: Die These richtet sich hauptsächlich an die Waldeigentümer und die Organisation ihrer Forstbetriebe. Auch für die KOK sind die Optimierung der Waldbewirtschaftung (Bildung von Bewirtschaftungsgemeinschaften im öffentlichen wie im privaten Wald, horizontale Integration) und die Verbesserung der Holzertschöpfungskette (vertikale Integration) wichtige Anliegen und Fördertatbestände. Die Unterstützung mit öffentlichen Mitteln sollte sich dabei auf eine Anschubhilfe beschränken. Es ist festzuhalten, dass der Wille der Waldeigentümer, diese Verbesserungsschritte zu vollziehen, häufig noch ungenügend ist. Besonders im Privatwald erfolgt der Schritt von der kleinflächigen Eigentumsstruktur zur besitzübergreifenden Bewirtschaftungsstruktur durch den Waldeigentümer noch zu zögerlich.
- These 5 «Unternehmensaufsicht im öffentlichen Wald»: Vereinfacht formuliert, wird damit mehr Demokratie bei der Wahl, der Festlegung und Realisierung der Ziele der Waldbewirtschaftung verlangt. Die Einführung der Waldentwicklungspläne erlaubt, die öffentlichen Interessen in einer Planungsregion zu erfassen und abzuwägen. Aus diesen im Waldentwicklungsplan festgehaltenen Zielen von öffentlichem Interesse, werden Vorgaben und Aufträge für die Betriebsplanung des Forstbetriebes abgeleitet. Die These geht hier einen Schritt weiter und sieht die Konkretisierung von Leistungsaufträgen und deren Formulierung im Rahmen einer regionalen Planung vor. Die KOK tritt für eine Weiterführung und Weiterentwicklung der Waldentwicklungsplanung ein ebenso wie für eine Beteiligung der Öffentlichkeit an der Zielsetzung. Die Abwägung der verschiedenen Interessen, öffentlicher oder privater Natur, und deren gebietsmässige Festlegung zur Formulierung eines Leistungs-

auftrags, muss durch zweckmässige Verfahren gesichert sein.

- These 6 «Unternehmerischer öffentlicher Wald»: Die KOK unterstützt die Bildung moderner Waldbetriebe der öffentlichen Hand. Die aktuellen waldbetrieblichen Bestimmungen des Bundes und der Kantone lassen die Umsetzung dieser strukturellen Verbesserungen zu, ja fördern sie sogar. Viele öffentliche und private Waldeigentümer halten aus emotionalen Gründen an der Selbstbewirtschaftung ihres Waldes fest, anstatt eine rationellere gemeinsame Bewirtschaftung anzustreben.
- These 7 «Wirksame staatliche Hilfe zur Strukturanpassung»: Welche Subventionstatbestände wirklich strukturerhaltend sind, ist umstritten. Doch abgesehen davon, ist auch die KOK der Ansicht, dass die öffentlichen Fördermittel vermehrt auf die Strukturverbesserungen auszurichten sind. Die Anpassung bisheriger sowie die Bildung neuer Betriebsstrukturen und die Verbesserung der Zusammenarbeit in der Wald-Holz-Kette ist zeit- und kostenaufwendig. Die KOK unterstützt das Anliegen, diese Vorhaben mit öffentlichen Mitteln (Bund, Kantone, Gemeinden) zu fördern.
- These 8 «Mehr Schutz zum gleichen Preis»: Die KOK unterstützt grundsätzlich die Ablösung der aktuellen Subventionspraxis durch eine Bezahlung von geforderten und erbrachten Waldeleistungen. Doch bevor «mehr Schutz zum gleichen Preis» realisiert werden kann, müssen noch komplexe Fragestellungen geklärt werden (z.B. Formulierung von Waldeleistungen, das buchhalterische Erfassen des Aufwandes für die Erbringung einer bestimmten Waldeleistung; wer koordiniert die Waldeleistungsverträge und sichert deren Kompatibilität, welches ist die geeignete Region bei der Formulierung bzw. Bezahlung von bestimmten öffentlichen Waldeleistungen?). Die Gefahr ist gross, dass diese Botschaft in der Politik fälschlicherweise als Aufforderung zum ersatzlosen Streichen der Subventionen aufgefasst wird.

#### *Zum weiteren Vorgehen der KOK*

Als Massnahmen plant die KOK

- eine Aussprache mit der Leitung des WVS,
- eine laufende Ausnützung des vorhandenen Spielraums,
- die Verbesserung der Kommunikation.

Die Konsequenzen anhand der Thesen und die erforderlichen Umsetzungsinstrumente müssen geprüft werden, insbesondere dort, wo eine Revision des WaG nötig wäre. Die KOK ist der Ansicht, dass die materielle Behandlung dieser Thesen im Rahmen des WAP-CH erfolgen soll.

Für nähere Informationen: Kantonsobförsterkonferenz (KOK), W. Schwab, Präsident, Amt für Wald, Wild und Fischerei, Case postale 155, 1762 Givisiez, Tel. 026 305 23 43, E-Mail: schwabw@fr.ch. O. Wüest, Geschäftsstelle der FoDK/KOK, Postfach 3977, 8021 Zürich, Tel. 01 297 90 22, E-Mail: otmar.wueest@bruggerconsulting.ch.

## Buwal, Eidgenössische Forstdirektion

### Personelles

Ende August 2003 hat Charles Weber das Buwal, Eidg. Forstdirektion altershalber verlassen. Seit 1985, als er beim damaligen Bundesamt für Forstwesen seine Stelle als kaufmännischer Mitarbeiter antrat, war er in erster Linie zuständig für Erhebungen und Auswertungen rund um Holzproduktion, Holzmarkt, Aussenhandel. Im Weiteren war er während vieler Jahre Ansprechperson für das forstliche Vermehrungsgut und den forstlichen Pflanzenschutz und neuerdings auch für forstliche Ausbildung. Die Forstdirektion dankt dem «stillen Schaffer» ganz herzlich für die langjährige sehr angenehme Zusammenarbeit und wünscht ihm zu seinem wohlverdienten Ruhestand alles Gute.

Ebenfalls per Ende August 2003 verlässt Markus Brunner, dipl. Forsting. ETH die Forstdirektion, um eine neue Herausforderung als stellvertretender Direktor des Verbandes Holzindustrie Schweiz anzunehmen. Er war zwar erst seit Mai 2001 bei der Eidg. Forstdirektion tätig, aber in dieser kurzen Zeit hat er sich als fachlich ausgewiesener Fachmann hervorgetan. Die Forstdirektion bedauert seinen Weggang, dankt ihm herzlich für die wertvolle Arbeit bezüglich Holzforschung, Holzförderung, Holzlogistik und wünscht ihm für seine weitere berufliche Karriere viel Erfolg und Befriedigung.

Beide Stellen können voraussichtlich erst anfangs 2004 wieder besetzt werden. Allfällige Auskünfte über Holzproduktion und Holzmarkt erteilt Thomas Grünenfelder, E-Mail: thomas.gruenenfelder@buwal.admin.ch. Fragen rund um die Holzförderung beantwortet M. Zanetti, E-Mail: marco.zanetti@buwal.admin.ch.

### SFV-NACHRICHTEN

## Waldgipfel 2 - Resultate

Ein Beitrag zum Waldprogramm Schweiz (WAP)

Am 14. Mai 2003 haben der Schweizerische Forstverein und der Verband Schweizer Förster in Zusammenarbeit mit der WSL in Birmensdorf und in den Bildungszentren Maienfeld und Lyss an einem zweiten Waldgipfel zu ausgewählten Schwerpunktthemen fachliche Positionen und Massnahmenvorschläge ausgearbeitet. Es handelt sich um Zwischenresultate in einem Meinungsbildungsprozess der weiter geht. Insgesamt nahmen über 200 Waldfachleute am Anlass teil.

Der eingeleitete Prozess für die Weiterentwicklung der schweizerischen Waldpolitik wird vom Schweizerischen Forstverein und dem Verband Schweizer Förster grundsätzlich begrüsst. Doch führt eine kritische Analyse in manchen Bereichen zu einem Anpassungsbedarf. Noch selten waren die Forderungen an die Waldpolitik des Bundes und der Kantone aber so vielfältig und widersprüchlich. Einerseits wird vom Bund zentrale

Führung verlangt, um die Schwächen der föderalistischen Waldpolitik zu beheben, andererseits ertönt der Ruf nach Abbau der Regulierungsdichte und der Subventionen. Die einzelnen Waldthemen und Waldfunktionen dürfen aber nicht auseinandergerissen und zum Spielball sektorieller Interessen werden. Gerade für die geforderte bessere Abstimmung der Waldpolitik mit anderen Politikbereichen braucht es eine ausgewogene walddpolitische Gesamtsicht. Dabei ist auch das internationale Umfeld bezüglich Wald und Waldressourcen zu analysieren und einzubeziehen.

Die jahrzehntelange Aufbauarbeit aufgrund der bisherigen Waldpolitik hat zu hohen Holzvorräten und zu einer hohen ökologischen Qualität des Schweizer Waldes geführt. Akute und schleichende Waldschäden verschiedener Ursachen haben aber gezeigt, dass das langlebige Ökosystem Wald labiler und anfälliger geworden ist. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich in jüngerer Zeit so stark verändert, dass weitere Reformen nötig sind.

Waldfachleute sind im Interesse des Waldes reformfreudig, doch brauchen Veränderungen in der Waldwirtschaft aufgrund der Waldeigentumsverhältnisse und der vielfältigen Interessen Zeit. Politische und finanzielle Kahlschläge sind nicht nötig, um Reformen auszulösen. Waldbesitzer, Forstbetriebe und Forstverwaltungen stehen bereits mitten im Wandlungsprozess und erzielte Fortschritte und Erfolge sind ermutigend. Die moderne Waldgesetzgebung des Bundes hat dazu in manchen Bereichen beigetragen. Anpassungen im Förderungsbereich sind möglich, ohne alles auf den Kopf zu stellen oder die bisherigen Errungenschaften zu gefährden.

Im Folgenden werden die wichtigsten fachlichen Positionen des zweiten Waldgipfels erläutert und zusammengefasst.

### *Schutz der Waldfläche*

1. Bei der Neugestaltung der Walderhaltungspolitik sind die Zunahme der Waldfläche im Berggebiet infolge fehlender landwirtschaftlicher Nutzung und die Erhaltung der bereits bestehenden Wälder zu unterscheiden. Der Druck auf das Waldareal hält unvermindert an, denn Siedlungen, Verkehrsträger und Tourismusorte nehmen ungebremst zu. Wichtige Waldfunktionen sind durch externe Einflüsse gefährdet.
2. Das bestehende Waldareal soll erhalten bleiben. Abwägungen zur vorrangigen Raumnutzung werden im Rodungsverfahren bereits berücksichtigt. Der Spielraum des geltenden Rodungsrechts ist auszunutzen. Eine weitere Lockerung würde kurzfristige und finanzielle Interessen stärker in den Vordergrund rücken, was nicht erwünscht ist.
3. Der dynamische Waldbegriff, wonach natürlich einwachsender Wald ohne besondere Abgrenzung und ohne Beschluss dem Waldgesetz unterstellt und geschützt ist, soll eingeschränkt werden können. Die räumliche Nutzungsplanung zur Umsetzung von öffentlichen Interessen steuert den rechtlichen Schutz von neuen Waldbestockungen.
4. Harte Grenzen zwischen landwirtschaftlicher und forstlicher Bewirtschaftung sind

in verschiedener Hinsicht nachteilig. Durch eine bessere Koordination zwischen Wald-, Landwirtschafts- und Raumordnungspolitik soll der Übergangsbereich zwischen Wald und Offenland aufgewertet sowie dynamischer und flexibler gestaltet werden. Die bisher festen Kultur- und Nutzungszonengrenzen sind neu zu definieren.

5. Es bleibt eine wichtige Aufgabe des Bundes, Grundsätze der Walderhaltung zu erlassen, damit die Waldfunktionen erfüllt werden.

### *Schutzwald*

1. Der Schutzwald ist zentraler Bestandteil eines ganzheitlichen (integralen) Naturgefahren-Risikomanagements. Ausgehend vom Schutzwald muss der Schutz vor Naturgefahren nur noch punktuell durch Schutzmassnahmen gewährleistet werden. Der Schutzwald wird heute nicht in ausreichendem Mass als Ergänzung und Ersatz für Schutzbauten wahrgenommen. Deshalb sind neue Methoden zur Bewertung der Schutzleistungen des Waldes zu entwickeln und diese müssen in der Öffentlichkeit besser als bisher kommuniziert werden.
2. Ziel muss ein regional und gesamtschweizerisch vergleichbares Sicherheitsniveau vor Naturgefahren sein. Die Schutzwälder leisten einen entscheidenden Beitrag. Die bis heute ausgeschiedenen Wälder mit Schutzfunktion sind nicht auf einem gesamtschweizerisch vergleichbaren Aussagenniveau, da einheitliche Ausscheidungskriterien fehlen. Deshalb ist ein nationaler Schutzwaldkataster zu schaffen und es sind nationale Sicherheitsstandards für Schutzwälder zu definieren. Die Ausscheidung der Schutzwälder hat nach national einheitlichen Kriterien zu erfolgen.
3. Für die Pflege und Verjüngung des Schutzwaldes besteht ein Nachholbedarf. Ziel ist es, dass die Schutzleistungen des Waldes anerkannt, ihre Erfüllung gewährleistet und von der Öffentlichkeit abgegolten werden. Die Mittel für die Schutzwaldpflege müssen langfristig und verlässlich sicher gestellt sein. Für den nötigen politischen Entscheidungsprozess ist ein institutionalisiertes Monitoring über Zustand, Funktionserfüllung und Handlungsbedarf im Schutzwald erforderlich, insbesondere auf nationaler Ebene im Rahmen des Landesforstinventars. Zudem ist eine permanente Bewusstseinsbildung der Öffentlichkeit in Bezug auf den Schutzwald unerlässlich.
4. Das Netzwerk der Forstbranche (Forstdienstorganisation) wird auf die Ziele eines integralen, interdisziplinären Regionalmanagements ausgerichtet. Dazu braucht es entsprechendes Fachwissen, die nötigen Ressourcen, Öffentlichkeitsarbeit, Kommunikation und Motivation. Verwandte Ziele in anderen Bereichen sind zu eruieren und in das Netzwerk einzubeziehen.

### *Organisation der Waldbewirtschaftung*

1. Veränderungen sind schon heute möglich. Die Organisation des Waldbesitzes und der Waldbewirtschaftung können unbestritten verbessert werden. Trotz der in letzter Zeit lebhafteren Diskussion über Struktu-

ren in der Waldwirtschaft muss darauf hingewiesen werden, dass vielerorts der gesetzlich vorhandene Spielraum für organisatorische Verbesserungen nur unzureichend ausgeschöpft wird. Wichtig ist, dass sich die Waldbesitzer ihrer Möglichkeiten bewusst werden. Entsprechend sollen die kantonalen Forstdienste Versuche mit neuen Organisationsformen wohlwollend und offen aufnehmen.

2. Die Rechte und Pflichten der Waldbesitzer sind sorgfältig abzuwägen. Die Art und Weise der Waldbewirtschaftung hat sich über lange Zeiträume entwickelt. Eine Reihe von Gesetzen bestimmt heute, wie eine ordnungsgemässe Waldwirtschaft zu erfolgen hat. Reformen sind notwendig und sollen auch durchgeführt werden, aber nicht übereilt. Die Zuordnung von Rechten und Pflichten für Waldbesitzer muss gut überlegt und ausdiskutiert werden. Traditionen und Bräuche spielen eine wichtige Rolle. Die Position der Waldbesitzer muss insgesamt gestärkt, klarer und selbstständiger vertreten werden.
3. Eine klare Sprache tut Not: Begriffe wie regionale Waldplanung, Waldentwicklungsplanung, Wald funktionsplanung, Vorrangfunktionen haben Hochkonjunktur. Was damit gemeint ist, wird meistens nicht verständlich gemacht oder wirkt verschwommen. Es ist klarer zu unterscheiden zwischen privater und öffentlicher Planung. Betreffend der öffentlichen Planung ist strikter zwischen den verschiedenen Aufgaben der Planung zu unterscheiden. Was soll mit einer Planung erreicht werden? Die Zuteilung von Rechten und Pflichten für Waldbesitzer, die Erarbeitung von Grundlagen für den öffentlichen Kauf von Leistungen bei Waldbesitzern und die Schwerpunktsetzung für die Arbeit des kantonalen Forstdienstes sind drei verschiedene Anwendungsbereiche der Planung. Die öffentliche Planung für den Wald ist mit der regionalen und kantonalen Raumplanung abzustimmen.

### *Effiziente Holzkette*

1. Für die Stärkung der inländischen Holzproduktion und -verarbeitung gibt es keine einfachen Rezepte, die wirtschaftspolitischen Handlungsmöglichkeiten sind eingeschränkt. Eine gute Holzwirtschaftspolitik setzt deshalb auf Kostenreduktionen bei allen Partnern in der Holzkette. Namentlich angesprochen sind die Waldbesitzer, die Waldbewirtschaftler, die Waldbehörden, die Holztransporteure und die Holzverarbeiter. Alle Partner in der Holzkette sind aufgefordert, sowohl ihre Produktions- und als auch ihre gemeinsamen Transaktionskosten zu senken und so ihre Produktivität zu steigern.
2. Den Besonderheiten der Holzindustrie ist besser Rechnung zu tragen. Noch fehlen aber die Grundlagen für eine profunde Debatte für eine Wirtschaftsförderung. Die Verbände der Holzwirtschaft sind deshalb aufgefordert, ihre heutige Ausgangslage im internationalen Umfeld eingehend zu analysieren und darauf aufbauend realistische Verbesserungen der rechtlichen Rahmenbedingungen in die politische Diskussion einzubringen, aber auch ihre kompara-

## Galileo: Provoziert die dogmatische Expertise wenigstens nützliche Diskussionen?

Zum Aufsatz von SCHÜTZ, J.-P.: *Quo vadis multifunktionalität? ou Réaction au rapport Galileo: notre politique forestière est-elle en train de perdre les pédales?* Schweiz. Z. Forstwes. 154 (2003) 5: 143–148

Es ist erfreulich, wenn sich die Vertreter der Wissenschaft zu bedeutenden und aktuellen Problemen äussern. Ausserordentlich positiv erscheint mir, dass klar Stellung genommen wird und die gesellschaftlich verankerten Wertsetzungen fachlich interpretiert und mit der konkreten Umsetzung in der Forstwirtschaft und -politik in Verbindung gebracht werden. Daher möchte ich Jean-Philippe Schütz meinen herzlichen Dank für seinen Beitrag ausdrücken. Insbesondere schätze ich die klare Positionierung gegenüber der dogmatischen, neoliberalen Haltung, wie sie im Bericht Galileo zum Ausdruck kommt. Ich stimme mit seiner Einschätzung weitgehend überein und schliesse mich der Schlussfolgerung an, dass es sich bei den im Expertenbericht vorgeschlagenen Massnahmen im Wesentlichen um kosmetische Lösungen kaum angehen, obschon die Experten gerade dies ausdrücklich für sich geltend machen – was ihre dogmatische Position unterstreicht. Doch was sie vorschlagen, entspricht in keiner Weise einer langfristigen, auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Waldpolitik. Im Gegenteil, sie schlagen radikale Massnahmen vor, welche die «Nutzwälder» ohne Kontrolle vermehrt den bestehenden, institutionellen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen aussetzen, ohne diese politisch gesetzten Rahmenbedingungen auch nur im geringsten zu hinterfragen. Dies, obschon klar ist, dass gerade die Anpassung der heute mit der nachhaltigen Nutzung der natürlichen, erneuerbaren Ressourcen noch unvereinbaren Rahmenbedingung das Kernstück einer Politik für nachhaltige Entwicklung darstellt.

Erste politische Schritte wurden schon gemacht. Die Schweizerische Eidgenossenschaft formuliert in der Bundesverfassung bereits das Anliegen der nachhaltigen Entwicklung im Zweckartikel (Art. 2, Absatz 2): «Sie fördert die gemeinsame Wohlfahrt, die nachhaltige Entwicklung, den inneren Zusammenhalt und die kulturelle Vielfalt des Landes.» Im Art. 73 «Nachhaltigkeit» wird des Weiteren die ökologische Nachhaltigkeit explizit angesprochen: «Bund und Kantone streben ein auf Dauer ausgewogenes Verhältnis zwischen der Natur und ihrer Erneuerungsfähigkeit einerseits und ihrer Beanspruchung durch den Menschen andererseits an.» Diesen Anforderungen vermögen wir heute nicht zu genügen, die Erneuerungsfähigkeit ist unvereinbar mit der Wirtschafts- und Fiskalpolitik. Eine die Regenerationsfähigkeit und damit die Differenz zwischen erneuerbaren und nicht erneuerbaren Ressourcen berücksichtigende Ressourcenpolitik fehlt. Hier sind Veränderungen unvermeidlich. Doch statt zur Formu-

- tiven Vorteile bewusster auszuloten und zu nutzen.
3. Eine interventionistische Holzwirtschaftspolitik wird dezidiert abgelehnt. Eine solche erkennt die tatsächlichen Verhältnisse auf den Holzmärkten und überschätzt den wirtschaftspolitischen und den raumplanerischen Handlungsspielraum der öffentlichen Hand.

### Biodiversität

1. Ein naturnaher Waldbau auf der gesamten bewirtschafteten Waldfläche ist wichtig für einen naturnahen Lebensraum, nachhaltige Verjüngung fördert die Biodiversität. Standards für den naturnahen Waldbau sollen die Multifunktionalität der Wälder nachhaltig gewährleisten.
2. Auf mindestens 5% der Waldfläche wird die natürliche Waldentwicklung zugelassen. Es ist ein angemessener Alt- und Totholzanteil verteilt auf die gesamte Waldfläche anzustreben (minimal 2,5% des Vorrats).
3. Die Wälder und ihre Lebensräume sind vernetzt und über ökologisch aufgewertete Waldränder mit dem Grünland verzahnt. Bis 2015 sind 20% der Waldränder ökologisch aufgewertet.
4. Artenreiche und seltene Waldtypen und Bewirtschaftungsformen sowie seltene und gefährdete Arten sind zu fördern.
5. Der Wald bietet Waldtieren ausreichend Lebensraum und Ruhe. Wo nötig sind Ruhezone zu schaffen. Die Wildbestände sind an ihre Lebensräume anzupassen.
6. Exotische Schadorganismen und unerwünschte Arten im Wald sind auszuschliessen.

### Bildung

1. Traditionell befassen sich Waldfachleute nicht allein mit dem Wald, sondern auch mit dessen Umfeld. Das Bildungssystem Wald soll verstärkt auch die Landschaft einschliessen.
2. Für den Wald und die Landschaft soll ein eigenes Bildungssystem erhalten bleiben. Mit den drei aufeinander abgestimmten Ebenen «Praktiker für Wald und Landschaft», «Wald- und Landschaftsmanager» und «Wald- und Landschaftsexperte» sind eine hohe Qualität der Arbeit und Problemlösung von der Forschung über das Konzept bis zur praktischen Umsetzung gewährleistet.
3. Das Bildungssystem hat seine Kernkompetenzen klar in den Bereichen Wald und Landschaft. Es verhält sich jedoch marktkonform und flexibel und ist offen gegenüber benachbarten Bereichen.

### Freizeit und Wald

1. Die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Bewirtschaftung und Pflege von Wäldern mit Freizeitfunktionen sind zu klären. Im Speziellen sind Inhalt und Konsequenzen des freien Betretungsrechts (Art. 699 ZGB), Rechte und Pflichten von Nutznießenden und Eigentümern, Haftungsfragen bei Unfällen und raumplanerische Fragen im Zusammenhang mit intensiv genutzten speziellen Freizeitwäldern zu klären.

2. Im Interesse der Walderhaltung sollen Erholung und Sport im Wald kanalisiert und räumlich festgelegt werden. Wälder mit Vorrangfunktion Freizeit und Erholung sollen im Rahmen der Waldgesetzgebung in Koordination mit der Raumplanung ausgeschrieben werden. Dazu sind Kriterien und Standards für die spezielle nachhaltige Bewirtschaftung und den Schutz solcher Wälder zu entwickeln. Die Umsetzung soll durch eine Kombination von Information, Anreizen und wo nötig planerischen und regulatorischen Massnahmen mit angemessenen Kontrollen und Sanktionen erfolgen.
3. Die Finanzierung spezieller Leistungen für Freizeit und Erholung im Wald muss sichergestellt werden. Es ist zu unterscheiden zwischen Leistungen mit öffentlichen Charakter (Abgeltungen) und privatem Charakter. Die Bereitstellung von Leistungen für Freizeit und Erholung soll kundenorientiert erfolgen. Dadurch lassen sich die Kostentransparenz und die Effizienz des Ressourceneinsatzes verbessern, und es eröffnen sich neue Perspektiven für die Vermarktung von Freizeitleistungen.
4. Der Dialog und die Zusammenarbeit des Forstsektors mit der Bevölkerung, die Information und Sensibilisierung in Wald- und Umweltfragen sind zu verstärken.

### Ausblick

Das Waldprogramm Schweiz wird mit einem Synthesebericht bis Ende 2003 zu einem vorläufigen Abschluss gelangen. Dieser Synthesebericht soll die Grundlage bilden, für eine anschließende Revision des Waldgesetzes. Dabei werden die unterschiedlichen politischen Positionen schärfer zu Tage treten als bei den Grundsatzdiskussionen. Der Schweizerische Forstverein und der Verband Schweizer Förster setzen sich dafür ein, dass die mittel- und langfristigen Zielsetzungen im Auge behalten werden. Der eingeleitete Prozess des WAP soll in geeigneter Weise weitergeführt werden. Wünschenswert wäre, dass der Prozess noch weiter geöffnet wird und breitere Kreise und Nutznießende am Wald noch stärker in die Diskussionen und in die Verantwortung einbezogen werden.

Als Waldfachleute tragen der Forstverein und der Försterverband Verantwortung für eine nachhaltige Waldentwicklung und Waldbewirtschaftung. Je nach beruflicher Stellung und persönlicher Meinung, vertreten Einzelne im Detail unterschiedliche Interessen. Das gemeinsame Anliegen gilt einer möglichst integralen Betrachtungsweise einer nachhaltigen Waldpolitik. Die Waldwirtschaft selbst hat gerade in jüngster Zeit grosse Anstrengungen unternommen, ihre Effizienz zu steigern und gleichzeitig Schutz und Nutzung glaubwürdig miteinander zu verbinden. Bund und Kantone müssen sie darin in geeigneter Weise unterstützen. Ohne leistungsfähige Wald- und Holzwirtschaft wären auch die ökologischen und sozialen Ziele des Bundes nicht oder schwierig zu erreichen.